

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 2

Artikel: Vor den Wahlen
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- OKTOBER 1935 -- HEFT 2

Vor den Wahlen

Von Robert Grimm

Nach außen erst in der allerjüngsten Zeit deutlicher wahrnehmbar, haben sich in den letzten vier Jahren bedeutende Veränderungen im Leben der politischen Parteien der Schweiz vollzogen. Bei den Wahlen 1931 bildeten die bürgerlichen Parteien noch einen festen Block gegen die Sozialdemokratie. Selbständig nach außen, waren sie innerlich verbunden im entschlossenen Willen, die Sozialdemokratie in ihrem Vormarsch aufzuhalten. Und soweit es sich um die praktisch-parlamentarische Politik handelte, hielt dieser Block bis an das Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode stand. Nur in ideologischen Fragen spürte man eine immer deutlicher sich abzeichnende Entfremdung und die Herausbildung neuer Gegensätze innerhalb des bürgerlichen Lagers.

Der Kampf um die Totalrevision der Bundesverfassung hat diese Gegensätze mit aller Schärfe enthüllt. Schon die Vorbereitung der Initiative und der armselige Erfolg der Unterschriftensammlung zeigte die Verwirrung. An der Wiege dieser Mißgeburt standen die Katholische Volkspartei, die Fronten und die Jungens aus dem freisinnigen Lager. An diesem Ursprung war die Initiative zum Mißlingen verurteilt. Der 8. September 1935 hat dann dieses Urteil mit unerhörter Wucht bestätigt. So nachhaltig und deutlich, daß sich ein Teil der Unterlegenen schmallend in den Winkel zurückzog, während ein anderer Teil tiefsinnige Betrachtungen über die Ursachen der niederschmetternden Niederlage anstellte.

Es lohnt sich, dieses Auseinanderfallen des Bürgerblockes in den Einzelheiten kurz festzuhalten. Die im Bundesrat regierende *Freisinnige Partei* war regional und weltanschaulich gespalten. In der Westschweiz haben sich die Freisinnigen gemeinsam mit allen andern bürgerlichen Parteien für die Revision ausgesprochen. Die Führung aber lag bei Jean-Marie Musy, bei der kleinsten Fraktion der bürgerlichen Parteien in der Westschweiz. Weltanschaulich, wenn man bei den Jungliberalen überhaupt von einer Weltanschauung sprechen kann, ging der Riß in der deutschen Schweiz durch die ganze Freisinnige Partei. Die Altfreisinnigen gegen, die Jungliberalen für die Revision

oder für Stimmfreigabe, so bot die regierende Freisinnige Partei in einer politischen und staatsrechtlichen Grundfrage der Eidgenossenschaft ein Bild jämmerlichen Zerfalls.

Die *Katholische Volkspartei* mimte nach außen Einheit und Geschlossenheit. In Wirklichkeit ging auch hier der Riß mitten durch die Partei, den Grenzlinien der alten und der neuen Generation folgend. Die Abstimmungsergebnisse in den katholischen Kantonen bieten einen schlagenden Beweis für den zwischen den Alten und den Jungen im katholischen Lager bestehenden politischen Gegensatz. Mit einem Male enthüllte sich die Einflußlosigkeit der Jungkonservativen, von denen man bisher angenommen hatte, daß sie die Partei und das katholische Volk beherrschen.

Bei den Bauern war es nicht anders. Die Stellungnahme der *Bauernparteien* war nicht einheitlich. Im Kanton Bern wurde die Stimme gegen eine starke Opposition der Jungbauern freigegeben, in andern Kantonen die Initiative abgelehnt.

Als einzige geschlossene Partei vermochte nur die *Sozialdemokratie* den Kampf aufzunehmen, und in ihrem Rücken stand die nicht minder geschlossene Front der *Gewerkschaften*. Was immer auch bürgerliche Gazetten über den Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften fabulieren, dieser angebliche Gegensatz trat am 8. September sowenig in Erscheinung wie bei den frühern großen Kämpfen um die Arbeitszeit, um den Lohnabbau und um die Kriseninitiative. Das Volk hat sich in seiner Mehrheit hinter die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung gestellt und so zu erkennen gegeben, daß es einer von unten herauf und nicht von oben herab entstandenen Führung vertraut.

Daß es sich bei den Gegensätzen innerhalb des ehemaligen Bürgerblocks nicht um Zufälligkeiten, nicht um Scheidungen handelt, die an einer konkreten politischen Frage entstanden sind, zeigt bereits die heute überblickbare *Wahlsituation*. Schon die zahlreichen Demissionen alter, erfahrener Parlamentarier sind ein Symptom. Noch mehr aber die in der Aufstellung der Wahllisten hervortretende Zersplitterung.

Die jüngste der bürgerlichen Parteien, die *Bauernpartei*, wird durch den Keim der Spaltung zersetzt. Der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen — er ist in voller Entfaltung begriffen. Die Jungbauern marschieren in allen Kantonen, wo sie einige Bedeutung haben, selbständig auf. In Bern gehen sie zwar noch eine Listenverbindung mit der alten Partei ein, aber es ist kein Geheimnis, daß diese Taktik helfen soll, die Gesamtpartei zu erobern. In andern Kantonen gibt es eine Listenverbindung zwischen den beiden bäuerlichen Flügeln nicht, die Jungbauern stehen hier im bewußten und betonten Gegensatz zu den Altbauern.

Bei den *Freisinnigen* steht es nicht viel besser. Wo eine Einheitsliste besteht, vermag sie nur mühsam die innern Gegensätze zu verkleistern. In andern Kantonen ziehen die Jungliberalen selbständig in den Kampf und bieten so einen hübschen Kommentar zum freisinnigen Gerede von der Volksgemeinschaft.

Neben diesen beiden gespaltenen Lagern werden sich im Wahlkampfe verschiedene kleinere Splitterparteien versuchen: Freigeldler,

Kommunisten, Evangelische und Frontisten, und dazu der Migrosmann, der versucht, seine wirtschaftliche Spekulation auf das politische Gebiet auszudehnen.

Geschlossen sind in diesem Wahlkampf nur zwei Parteien: die Katholischkonservativen und die Sozialdemokratie. Ueber die Dauer des Wahlkampfes hinweg werden die *Katholiken* ihre innern politischen Gegensätze durch die gemeinsame Weltanschauung überwinden und als Einheitspartei auftreten können. Wieweit die Jungkonservativen sich nach ihrer Niederlage bei der Totalrevision wieder in die alte Garde einreihen und sich ihrer Führung unterwerfen werden, vermag erst die Zeit nach den Wahlen zu zeigen.

Die *Sozialdemokratie* bildet heute einen geschlossenen Block. Zwar nehmen bürgerliche Politiker gelegentliche Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei als ein Zeichen drohenden Zerfalls. Sie haben es nicht begriffen und werden es nicht begreifen, daß diese Auseinandersetzungen noch immer ein Zeichen der Stärke waren, jene Kraft, aus der die innerliche Erneuerung und Schlagfähigkeit hervorgeht.

Die Sozialdemokratie hat aber in den letzten vier Jahren nicht nur ihre innere Festigkeit vertieft. Sie hat sich auch in die Breite entwickelt. Die kommunistische Opposition in Schaffhausen hat sich zu einer der Sozialdemokratie angeschlossenen Einheitspartei gewandelt. Die Spaltung ist in Schaffhausen überwunden. Die kommunistischen Splitterparteien, von einiger Bedeutung nur in Basel und Zürich, wechselten ihre Positionen. Mit Moskau haben sie die Hoffnungen auf eine unmittelbare Weltrevolution aufgegeben und damit für den Moment auch ihr Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie geändert.

Die *Ursachen der Wandlungen* im politischen Leben der letzten vier Jahre sind geistiger und wirtschaftlich-sozialer Natur.

In die Spanne der letzten vier Jahre fällt das Aufkommen des Faschismus in Deutschland und in Oesterreich. Das Jahr 1933 brachte die sogenannte Erneuerungswelle über das Land. Man sprach plötzlich vom Generationenproblem und gewahrte nicht, wie letzten Endes dieses Problem einen wirtschaftlichen Krisencharakter hatte. Die Frontenversammlungen hatten einen großen spontanen Zulauf. Die bürgerlichen Parteien gerieten in Verwirrung. Manch einer der »Charakterfesten« unter ihnen versuchte den Anschluß und sprach geläufig die Verdammnis Hitlers über die Marxisten nach.

Dieser vom Ausland herüberströmende Einfluß hätte logischerweise zu einer stärkern Front gegen die Sozialdemokratie führen sollen. Wenn es anders kam, so lag das an der sich entwickelnden Wirtschaftskrise, an der Struktur der schweizerischen Wirtschaft und an dem sozialen Aufbau der schweizerischen Bevölkerung.

Die vier Jahre, die uns von 1931 trennen, haben wesentlich zur Bildung *einer* Erkenntnis beigetragen. Als die Krise mit dem Jahre 1931 einsetzte, glaubten die bürgerlichen Kreise an eine vorübergehende Erscheinung, die bald der Wiederkehr normaler Zeiten weichen würde. Auch innerhalb der Arbeiterschaft war diese Anschauung weit verbreitet. Je länger aber die Krise andauerte, um so mehr mußte man

sich mit ihr auseinandersetzen. Die Hoffnung auf die Rückkehr zu sogenannten normalen Zeiten schwand immer mehr, und damit zerbröckelte auch der Kitt, der 1931 den Bürgerblock noch zusammenhielt, und es zerschellten die Hoffnungen, die man in diesem Zeichen auf das Auftauchen der Fronten setzte.

Gab es kein Zurück zu frühern Zeiten, mußte man mit den Sozialdemokraten die Krise als einen *neuen Zustand* betrachten; so entstand die Frage nach dem *Wie der Weiterentwicklung*. An dieser Frage mußte sich der jetzt offensichtliche Gegensatz innerhalb der bürgerlichen Parteien entzünden. Die einen klammerten sich hilflos an das Alte fest, die andern tasteten nach einer Lösung, ohne sich selbst von den Grundlagen der alten bürgerlichen Anschauungen über Wirtschaft und Staat zu lösen. So kam es zu tief aufwühlenden Auseinandersetzungen und schließlich zu Parteispaltungen, derweil sich die Krisenfolgen immer schärfer spürbar machten und immer mehr Existenzen durch die Krise bedroht wurden.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich eine für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage entscheidende Tatsache. *Die bürgerlichen Parteien haben keine geschlossene Vorstellung von den Krisenursachen und darum auch kein Programm der Krisenbekämpfung*. Sie sind in dieser Beziehung rat- und hilflos. Sie erwägen und wagen nicht. Wagen können sie nicht, weil sie nicht einheitlich erwägen und weil die Erwägungen selbst falsch sind.

Schält man sich aus den Diskussionen im bürgerlichen Lager die Hauptgedanken heraus, so stößt man auf drei Konstruktionen, die miteinander im Streit liegen.

Der *Ständestaat* oder die *berufsständische Ordnung* sollen den Ausweg aus der Krise bringen. Beide aber sind zum Scheitern verurteilt, weil sie kein Wirtschaftsprogramm enthalten. Der Ständestaat steht überdies im Gegensatz zur Demokratie. Der von den Katholiken propagierte Ständestaat ist autoritär und hebt die Demokratie in den entscheidenden Lebensfragen auf. Die berufsständische Ordnung, wie sie etwa in freisinnigen Kreisen diskutiert wird, hat mit dem Korporationen- und Ständestaat nichts zu tun, sie rüttelt nicht an den demokratischen Grundlagen des Staates, aber sie ist wirtschaftlich auch keine Lösung, denn sie berührt die großen Fragen des Produktionsprozesses eines rohstoff- und lebensmittelarmen Landes nicht.

Die *Abwertung des Schweizerfrankens* gilt als zweites Auskunftsmittel. Auch sie ändert an dem Krisenablauf nichts Entscheidendes. Sie berührt die Krisenursachen nicht, hilft dem Export nicht, weil der freie Außenhandel nicht mehr besteht, und legt die schwersten und drückendsten Lasten der werktätigen Bevölkerung auf.

Das dritte Auskunftsmittel erblicken bürgerliche Kreise in der *Abbaupolitik*. Ganz abgesehen davon, daß eine Abbaupolitik nicht auf der ganzen Linie durchgeführt werden kann und überdies zu einer Aufwertung der Schulden führen müßte, ändert auch sie an der Exportfähigkeit des Landes nichts, aus dem schon erwähnten Grunde des Fehlens eines freien Außenhandels. Die Erfahrungen aber, die man in

andern Ländern mit der Abbaupolitik machte, zeigen als Folge eine unaufhaltsam zunehmende Verarmung von Wirtschaft und Volk und eine Zerstörung der Existenzgrundlagen des Landes.

So stehen die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf ohne Programm und ohne klares Ziel. Diese Tatsache illustriert die Wahl Obrechts in den Bundesrat. Sie illustriert die ganze Rat- und Hilflosigkeit der bürgerlichen Parteien. Anstatt ein *Programm* aufzustellen und nachher den Mann zu suchen, der es ausführt, wählten sie einen *Mann*, der nachher ein Programm suchen soll. Das Programm hat er bis heute nicht gefunden, und darum die starke Enttäuschung, die diese Wahl in breiten bürgerlichen Kreisen und nicht zuletzt bei den lebhaftesten Befürwortern der Kandidatur Obrecht hervorgerufen hat.

Aus dem hier gezeichneten Bild ergibt sich die *Aufgabe der Sozialdemokratie* in dem bevorstehenden Wahlkampf zwangsläufig. Die Sozialdemokratie hat, vorausschauend, ihr Programm revidiert. Sie hat die objektive geschichtliche Lage überprüft und beseitigt, was programmatisch mit der neuen Lage im Widerspruch stand. Sie hat mißverständliche Formulierungen in der Frage der Demokratie und Diktatur preisgegeben und ihre Haltung in der Militärfrage, entsprechend den neuen europäischen Machtverhältnissen, geändert. Dadurch wurde der Weg frei für die breite Behandlung der wirtschaftlichen und sozialen Zeitprobleme. Im *Plan der Arbeit* zeichnete sie das Bild einer durchorganisierten, deswegen noch keineswegs sozialistischen Wirtschaft. Im Manifest des Parteitages gab sie sich ein *Sofortprogramm*, das die Augenblicksprobleme umreißt, ohne sich an Formulierungen zu binden, die einer jeweiligen Anpassung an die gegebene Situation hindernd im Wege stehen.

Der Grundgedanke des Sofortprogramms ist dieser: die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen sind krank. Kranke heilt man nur dann, wenn man den Zustand des Kranken in seiner Gesamtheit erkennt. Darum fordert die Sozialdemokratie eine Bestandesaufnahme, *ein Inventar des gegenwärtigen Gesamtzustandes, und gestützt darauf die sich ergebenden Gesamtmaßnahmen.*

Der Fehler der bürgerlichen Krisenpolitik liegt in der Improvisation und in den Zufälligkeiten. Sie hat keinen Plan. Sie greift bald da, bald dort ein, ohne einen Zusammenhang herzustellen und bei der Gewährung von Hilfe und ihrer Finanzierung von dem Gesamtinteresse der Wirtschaft auszugehen. Dieses planlose System bringt auch die *öffentlichen Finanzen* in Unordnung und führt auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen, die einem *Zusammenbruch* gleichkommen.

Diesen Zusammenbruch will die Sozialdemokratie vermeiden, denn er bedeutet nicht nur den wirtschaftlichen Ruin, er führt auch zum Ende der Demokratie und zur faschistischen Diktatur, die das Ende der Schweiz bedeutet.

So erhebt sich die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampfe weit über den Rahmen einer bloßen politischen Partei hinaus. Mit ihrer Auffassung und Weltanschauung, mit ihrem Plan der Arbeit und ihrem Sofortprogramm, mit ihrem Willen, den Weg freizumachen für den

Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft, wandelt sie sich zur *Volks-partei*, in der die Interessen aller aufbauwilligen Kreise des Schweizer-volkes zusammengefaßt werden. Während bei den bürgerlichen Par-teien Zerrissenheit und Verwirrung besteht, herrscht bei der Sozial-demokratie Zielklarheit und Geschlossenheit. Während die bürger-lichen Parteien ohne Programm und ohne Zukunftshoffnung in den Wahlkampf ziehen, wird ihn die Sozialdemokratie mit klarer Erkennt-nis der Notwendigkeiten der Stunde und mit jener Verheißung be- stehen, die der Glaube an eine gute Sache verleiht.

Ein Sieg der Demokratie

Zur Abstimmung vom 8. September 1935

Von Dr. Arthur Schmid

I.

Das Abstimmungsergebnis vom 8. September bedeutet zweifellos *einen Sieg des demokratisch denkenden Teils unseres Volkes* über die Bestrebungen, unsere Demokratie zu beseitigen, den Ständestaat einzuführen und letzten Endes die Diktatur zu errichten. Bei den- jenigen, die für die Totalrevision stimmten, sind allerdings auch An- hänger der Demokratie, wie die Jungliberalen, und zweifellos eine große Anzahl solcher, die sich durch irgendwelche Schlagworte fangen ließen.

Bevor wir die Bedeutung der Abstimmung vom 8. September wür- digen, wollen wir einmal die Zahlen hinsetzen:

	Abstimmungsergebnis vom 8. September 1935		Initiativ- Unterschriften	Parteistärke auf Grund der Nat.-Wahlen 1931	
	Ja	Nein		Für die Initiative	Gegen
Zürich	24,944	108,316	20,135	17,845	120,350
Bern	13,601	73,647	7,636	8,927	78,930
Luzern	10,658	17,109	3,315	22,792	23,279
Uri	1,534	2,220	28	—	1,863
Schwyz	2,759	4,956	729	7,068	6,545
Obwalden	1,286	1,107	730	1,122	—
Nidwalden	870	1,125	31	965	—
Glarus	1,851	3,410	767	938	6,691
Zug	1,261	4,916	1,417	3,112	3,553
Freiburg	11,616	9,517	7,112	20,938	8,846
Solothurn	8,474	18,004	4,002	9,015	26,387
Basel-Stadt	4,890	20,716	1,883	6,352	22,093
Basel-Land	1,865	12,349	318	1,916	13,483
Schaffhausen	2,645	9,449	3,387	—	11,465
Appenzell A.-Rh.	1,324	8,228	193	—	8,382
Appenzell I.-Rh.	1,020	1,010	214	1,355	—
St. Gallen	20,888	37,237	12,195	27,044	32,650
Graubünden	6,418	13,494	1,215	9,245	15,508
Aargau	13,132	46,761	5,479	13,496	33,717